PROTOKOLL

über die 14., ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr, am Dienstag, den 25. März 1969, im Rathaus, I. Stock hinten, Gemeinderatsitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 13,30 Uhr

Öffentliche Sitzung

Anwesend:

VORSITZENDER:
Bürgermeister Josef Fellinger

BÜRGERMEISTER-STELLVERTR.:
Leopold Petermair
Franz Weiss

STADTRÄTE
Alfred Baumann
Alois Besendorfer
Konrad Kinzelhofer
Manfred Wallner
Leopold Wippersberger

GEMEINDERÄTE:
Anna Bendel
Johann Brunmair
Vinzenz Dresl
Franz Enöckl
Karl Feuerhuber
Karl Fritsch
Franz Frühauf
Dr. Hermann Gärber
Karl Gherbetz
Ing. Johann Holzinger
Walter Kienesberger
Johann Knogler
Friedrich Kohout
Rudolf Luksch
Franz Mayr
Therese Molterer
August Moser
Walter Moser
Helmut Pils
Erich Sablik
Hubert Saiber
Heinrich Schwarz
Dr. Prof. Konrad Schneider
Dr. Alois Stellnberger
Johann Zöchling

VOM AMTE:
Mag. Dir. Dr. Karl Enzelmüller
Mag. Dir.-Stellvertr. OMR
Dr. Johann Eder

PROTOKOLLFÜHRER:
Oberamtsrat Alfred Eckl
VB Gerda Gugenberger

TAGESORDNUNG

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

1) Gem-5320/65 — Antrag auf Aufhebung einer Verordnung der oberösterreichischen Landesregierung, betreffend die Besorgung von Agenden der örtlichen Sicherheitspolizei.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER-STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

2) ÖAG-4077/68 — Ankauf des Hotels Münichholz.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

3) ÖAG-5121/68 — Berichtigung des Gemeinderatsbeschlusses, betreffend die Neuregelung der Tarife für die städtischen Verkehrsbetriebe.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Werte Damen und Herren!

Ich darf Sie zur heutigen Gemeinderatssitzung recht herzlich begrüßen. Sie wurde ordnungsgemäß einberufen. Die Beschlußfähigkeit ist gegeben. Entschuldigt haben sich die Herren Gemeinderäte Ing. Böhm und Heigl und Herr Stadtrat Fürst. Einige Herren sind schon am Stadtplatz gesehen worden, sie suchen verzweifelt einen Parkplatz. Wir hoffen, daß sie noch kommen.

Als Protokollprüfer werden vorgeschlagen Herr Gemeinderat Sablik und Herr Gemeinderat Dr. Stellnberger. Ich bitte Sie, diese Funktion auszuüben.

Sie haben in der Tagesordnung drei Tagesordnungspunkte, die wir behandeln müssen. Vor Eingang in die Tagesordnung darf ich bekanntgeben, daß Sie eine Einladung für eine Informationsfahrt der Gemeinderäte erhalten haben. Wir werden nach Absolvierung dieser drei Tagesordnungspunkte eine kurze Pause einschalten und werden die Information beginnen. Ich bitte die Herren und Damen noch kurz hier zu bleiben, bevor wir die Rundfahrt beginnen.

Wir gehen in die Tagesordnung ein und ich bitte zum ersten Tagesordnungspunkt Herrn Vizebürgermeister Weiss, den Vorsitz zu übernehmen.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Ich übernehme den Vorsitz und erteile Herrn Bürgermeister Fellinger zur Berichterstattung das Wort.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Ihnen den Amtsbericht zur Kenntnis zu bringen, hieße - wie das Sprichwort sagt - Eulen nach Athen tragen, nachdem Sie selbst im Besitze dieses Amtsberichtes sind und Sie in den Zeitungen über diesen Tagesordnungspunkt - soweit er das Verwaltungsgerichtshofurteil betrifft - sicher ausreichend gelesen und in den Fraktionen darüber diskutiert haben. Ich darf mich daher, wenn Sie einverstanden sind, auf den Vortrag des Antrages beschränken. Der Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses lautet:

1) Gem-5320/65
Antrag auf Aufhebung einer Verordnung der oberösterreichischen Landesregierung, betreffend die Besorgung von Agenden der örtlichen Sicherheitspolizei.

Der Gemeinderat wolle beschließen:
Die Einbringung eines Antrages bei der oberösterreichischen Landesregierung, § 1, Abs. 1, lit. a der Verordnung vom 13. 12. 1965, LGBl. Nr. 56, womit die Besorgung der örtlichen Sicherheitspolizei auf die Bundespolizeibehörde in Steyr übertragen wurde, mit sofortiger Wirkung aufzuheben, wird genehmigt.

Die Agenden der örtlichen Sicherheitspolizei des eigenen Wirkungsbereiches der Stadt Steyr sind vom Magistrat Steyr wahrzunehmen.

Ich bitte Sie, diesem Antrag Ihre Zustimmung zu geben. Er wird - wie Sie aus dem Antrag ersehen - an die OÖ. Landesregierung gerichtet, die schon einen Antrag der Gemeinde Linz gleichen Inhaltes genehmigt hat.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Ich danke für die Berichterstattung zum ersten Tagesordnungspunkt. Wer wünscht dazu das Wort? Natürlich Herr Gemeinderat Moser. Bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Nicht umsonst hat Herr Vizebürgermeister Weiss gesagt: "Natürlich Gemeinderat Moser", denn allen Gemeinderäten - ich glaube auch den zuletzt gewählten und hier eingezogenen -,

aber besonders den in früheren Jahren tätigen ist bekannt, daß meine Fraktion - in den letzten Jahren ich persönlich - jedes Jahr bei der Budgetberatung auf die Ungerechtigkeit dieses Polizeikostenbeitrages verwiesen hat und wenn wir auch dem Budget insgesamt immer die Zustimmung gegeben haben, so haben wir immer klar und deutlich gesagt mit Ausnahme des Polizeikostenbeitrages. Das ist nicht geschehen aus Böswilligkeit oder Gehässigkeit gegenüber der Polizei. Es hat in den ersten Jahren, als ich dazu Stellung genommen habe und es ablehnte, bei der Polizei Meinungsverschiedenheiten ausgelöst, auch bei der Wachmannschaft und bei verschiedenen anderen Herren, die das als Gehässigkeit ausgelegt haben und es hat einer Klarstellung sowohl im Gemeinderat als auch der Presse bedurft, um dieses Mißverständnis zu beseitigen. Unser Standpunkt war immer der, daß wir gesagt haben, jeder Arbeitgeber soll sich seine Angestellten selbst bezahlen. Das ist eine Bundespolizei, das sind Bundesangestellte und deshalb ist der Bund verpflichtet, die Polizeikosten selbst zu tragen. Es hat auch bei den Landgemeinden nicht geheißen, wo den Sicherheitsdienst die Gendamerie besorgt, daß die Landgemeinden die Gendameriekosten für den Sicherheitsdienst leisten müssen. Auch auf diesen Umstand haben wir hingewiesen. Leider war es so, daß ich mir schon manches Mal vorgekommen bin wie ein "Rufer in der Wüste". Trotzdem, nachdem wir davon überzeugt waren, daß diese Sache einmal zu Fall kommen wird, weil sie unberechtigt ist, haben wir unsere Ablehnung aufrecht erhalten. Ich mußte manches Witzwort in Kauf nehmen und manches Mal hat sich die Mehrheit des Gemeinderates darüber lustig gemacht und mich aufmerksam gemacht, ich möchte die Polizeikosten nicht vergessen bei meiner Stellungnahme zum Budget. Aber ich habe vermißt - dieser Verwunderung möchte ich heute Ausdruck verleihen - daß sich einmal der Stadtsenat ernstlich mit dem Gedanken befaßt hätte, zu dieser meiner Jahr für Jahr erfolgten Ablehnung des Polizeikostenbeitrages, diesen einmal wirklich zu überprüfen und zu sagen, warum stimmt er gerade gegen diesen, wenn er für das ganze Budget Jahr für Jahr stimmt, warum gerade gegen diesen Punkt? Ich glaube es hätte sich gelohnt. Das konnte doch nicht nur ein Gegenstand der Belustigung für die Mehrheit des Hauses sein, bei der Budgetberatung von mir zu hören, daß wir gegen den Polizeikostenbeitrag stimmen. Diesen Ernst hätte ich schon vorausgesetzt. Es ist leider nicht eingetreten und es mußten andere Gemeinden, als die Belastung für alle Gemeinden schon zu hoch geworden, ja fast unerträglich geworden ist, dazu Stellung nehmen und zu einem Höchstgericht gehen, um das überprüfen zu lassen. Wie wir heute sehen mit Erfolg, erging zugunsten der Gemeinden der Spruch, daß die Gemeinden nicht verpflichtet sind, diesen Polizeikostenbeitrag zu bezahlen. Daß wir das immer bezahlt haben, hat viele Millionen ausgemacht und wir hätten manch wichtiges Projekt bewältigen können. Es hat die Gemeinde im Laufe der Jahre über S 30 Millionen abgeführt an Polizeikostenbeitrag, er ist gestiegen von S 40,-- auf S 60,-- pro Kopf der Bevölkerung und zuletzt, wie wir wissen, auf S 80,--. S 90,-- war beantragt, das ist doch vom Städtebund - soviel ich weiß - abgelehnt worden, aber jedenfalls auf S 80,-- und es ist das erste Mal bei der Budgetberatung für das Jahr 1969 auch von Herrn Bürgermeister erwähnt worden, daß der Polizeikostenbeitrag schon sehr beschwerlich und belastend für die Gemeinde geworden ist. Er hat viele Millionen gekostet, damit hätte man - ich habe keine genauen Ziffern hier -

das Hundsgrabenprojekt, das mit etwas über S 30 Millionen beziffert wurde, bewältigen können. Wieviele Wohnungen hätte man bauen können mit diesen S 30 Millionen usw., das alles wurde versäumt, weil nur von einem Kommunisten im Gemeinderat auf eine Sache hingewiesen wurde, die uns als unberechtigt erschienen ist und schließlich haben auch wir einige Verfassungsjuristen, die die Verfassung genau kennen und alle diese Dinge, die immer der Überzeugung waren, daß dieser Polizeikostenbeitrag von den Gemeinden nicht geleistet werden müßte. Das wollte ich gesagt haben, weil ich der Meinung bin, daß, wenn etwas beharrlich von einer Fraktion - was immer für eine es ist - aufgezeigt wird und nur von dem Gedanken ausgehend, der Gemeinde Kosten zu ersparen, der Gemeinde unnütze Ausgaben zu ersparen, was wiederum der gesamten Gemeinde und ihrer Bevölkerung zugute kommt, so soll man nicht fragen, von welcher Fraktion es kommt, auch nicht ob es von den Kommunisten kommt. Denn was wir vertreten, vertreten wir im Interesse der arbeitenden Bevölkerung Steyrs und im Interesse der gesamten Gemeinde. Wir sollen gemeinsam helfen, unnütze Ausgaben zu ersparen. Ich möchte damit sagen, man sollte das in Zukunft mehr berücksichtigen. Wir leben in einem demokratischen Staat, wo auch die Stimme des Einzelnen gehört und geprüft werden soll, ob sie nicht doch im Interesse der Gemeinschaft erhoben wird, um der Gemeinschaft zu dienen. Das wollte ich zum Ausdruck gebracht haben und meiner Genugtuung darüber Ausdruck verleihen, daß dieser Antrag heute gestellt wurde und vom gesamten Gemeinderat auch angenommen wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Ich danke Herrn Gemeinderat Moser. Als Nächsten bitte ich Herrn Kollegen Besendorfer.

STADTRAT ALOIS BESENDORFER:
Geehrter Gemeinderat!

Ich habe mich ganz unwillkürlich zum Wort gemeldet. Wenn Kollege Moser nur seiner Genugtuung Ausdruck verliehen hätte, hätte ich mich mit ihm gefreut, weil ich seit Jahren weiß, daß er beim Polizeikostenbeitrag seine Stimme erhoben hat. Ich lese im Geiste heute schon die Zeitung und er hat die Rechnung angestellt, wieviele Millionen wir hier ausgegeben haben dadurch, weil wir nicht seinerzeit dem Antrag, den Polizeikostenbeitrag abzulehnen, die Zustimmung gegeben haben. Wir alle wissen, daß der Polizeikostenbeitrag ein Bestandteil des Finanzausgleiches ist. Wir dürfen uns - darüber haben wir auch schon diskutiert - freuen, daß wir in den nächsten drei Jahren effektiv diesen Betrag im Hause behalten dürfen. Wir haben vielleicht ein großes Glück - das soll man hier auch erwähnen - daß große Städte wie Wien, Salzburg und Innsbruck in dieser Reihe nicht mitgehen aus vielen Überlegungen, das würde zu weit führen, das hier anzuschneiden. Aber der Finanzausgleich ist ein Bestandteil des Staatshaushaltes und wir haben die Befürchtung, daß der Finanzminister sich schon wieder Gedanken macht und machen muß, wie er jenen Betrag, der ihm aus dem Finanzausgleich, aus seinen Budgetmitteln, herausgenommen wird, wieder hereinbringt. Wir sind der Meinung, daß er dabei auf die Städte in den Industriegebieten nicht vergessen wird. Wir wissen nicht, was ihm einfallen wird, aber wir sind der Überzeugung, daß die Freude, daß wir uns hier einen Geldbetrag ersparen konnten, sehr kurz sein kann. Wäre das schon

früher geschehen, ich weiß nicht in welcher Form, das wissen wir heute alle noch nicht, uns der Finanzausgleich beschäftigen wird, ob wir vielleicht - wir wünschen es nicht - sagen werden, da wäre uns der Polizeikostenbeitrag noch lieber gewesen wie die kommende Regelung. Das war nur ein kleiner Beitrag, damit die Rechnung nicht als ganz falsche Schlußrechnung aufgestellt wird.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke für die Stellungnahme. Zum zweiten Mal meldet sich Herr Kollege Moser.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Nur kurz zu den Ausführungen des Kollegen Besendorfer. Natürlich ist der Polizeikostenbeitrag ein Teil des Finanzausgleichsgesetzes. Aber wenn er mich schon herausgefordert hat damit - ich habe es schon einmal in der Budgetberatung hier gesagt - auch das Finanzausgleichsgesetz wurde vom sozialistischen Vizebürgermeister und Finanzreferenten Slavik dem Städtebund zur Annahme empfohlen. Also wurde auch das von sozialistischer Seite aus der sozialistischen Mehrheit zu Lasten gelegt. Das wollte ich festgestellt haben.

ZWISCHENRUF STADTRAT BESENDORFER:

Ein Verhandlungsergebnis!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:

Er hat das empfohlen und die Mehrheit des Städtebundes hat es angenommen, ich glaube sogar einstimmig.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Damit ist diese Wortmeldung beendet. Es wird keine Wortmeldung mehr gewünscht. Herr Bürgermeister Fellinger wird dazu noch einiges sagen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Sehr geehrte Damen und Herren!

Es sind eigentlich die Grundmotive in der Diskussion schon angeklungen, ich darf mir das ersparen, sie zu erwähnen.

Sicher, Kollege Moser, jede Firma muß ihre Angestellten selbst bezahlen für die Leistungen, die sie für die Firma erbringen. Wenn wir jetzt das Urteil des Verwaltungsgerichtshofes durchleuchten und auch die Agenden, die hier uns rückübertragen werden, so dokumentieren wir damit, wir haben der Bundespolizei Agenden der Gemeinde als Sicherheitsbehörde übertragen lassen durch Beschluß des Landtages und wir sind durch dieses Urteil erst richtig in das Bild gesetzt worden, daß diese Agenden - durch die Gemeinde Schwechat hervorgerufen - in keinem Verhältnis zum Polizeikostenbeitrag stehen und das ist meiner Meinung nach der Inhalt dieses Urteiles. Hier wollen wir gerecht sein, daß wir Agenden der Bundespolizei übertragen hatten, die wir jetzt wieder in unseren eigenen Wirkungsbereich hineinlegen. Allerdings in dem Bewußtsein, daß wir uns dadurch viel Geld ersparen können. Kollege Besendorfer hat es gesagt. Viele von uns haben den Finanzminister im Fernsehen gehört, wo er gleich nach dem Urteilsspruch gesagt hat, es fehlen mir die Millionen, die müssen auf Grund des neu zu fassenden Finanzausgleiches in irgend einer Form wieder zugunsten des Finanzministers ausgehandelt werden. Das ist selbstverständlich. Eine Chance ist für uns kleinere Städte, die jetzt diesen Polizeikostenbeitrag einstellen und die Agenden zurücknehmen wollen, daß der Betrag, der übrig bleibt und dem Finanzminister fehlt,

relativ gering ist und er vielleicht daher eine Kündigung des Finanzausgleiches seinerseits nicht herbeiführen wird. Das ist unsere Chance. Ich bin fest überzeugt, daß, wenn sich alle Städte und vorallem Wien angeschlossen hätten, wir sicher mehr Sorge haben müßten, daß vorzeitig der Vertrag über den Finanzausgleich seitens des Finanzministers gekündigt worden wäre. Das ganz kurz zur Ergänzung der Diskussion.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Danke. Darf ich nun im Sinne des Antrages um die Abstimmung bitten? Wer ist dafür, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich darf den Vorsitz wieder Herrn Bürgermeister übergeben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Zum Vortrag des zweiten Tagesordnungspunktes bitte ich Herrn Kollegen Weiss um den Bericht.

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:

Sehr geehrter Gemeinderat!

Ich habe Ihnen einen Antrag des Finanz- und Rechtsausschusses bezüglich des Ankaufes des Hotels Münichholz durch die Stadtgemeinde Steyr vorzutragen. Die Gespräche über diesen Tagesordnungspunkt finden seit längerer Zeit extern und intern statt. Es ist, glaube ich, jeder Gemeinderat ausreichend informiert, worum es geht. Ich darf Ihnen den Antrag vortragen, er lautet:

2) ÖAG-4077/68

Ankauf des Hotels Münichholz.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das Hotel Münichholz, EZ. 164, Katastralgemeinde Hinterberg, Konskr. Nr. 1840 und 1841, samt den dazugehörigen Grundflächen laut dem Grundbesitzbogen vom 10. 2. 1955, einschließlich des Inventars, ist um den Preis von S 5 Millionen (fünf Millionen Schilling) anzukaufen. Die näheren Bedingungen werden von der Magistratsdirektion festgesetzt.

An Gebühren für den Grundankauf ist weiters ein Betrag von S 500.000,- (Schilling fünfhunderttausend) zu entrichten.

Zum angegebenen Zweck wird der Betrag von

S 220.000,--

(Schilling zweihundertzwanzigtausend)

bei VP 92-911 aoH freigegeben und eine überplanmäßige Ausgabe in Höhe von

S 5,280.000,--

(Schilling fünf Millionen zweihundertachtzigtausend)

bei derselben Haushaltsstelle bewilligt. Die Deckung für diese überplanmäßige Ausgabe hat durch Aufnahme von Darlehen zu erfolgen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Wünscht jemand zu diesem Antrag das Wort?

Herr Kollege Wallner bitte!

STADTRAT MANFRED WALLNER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Ich darf im Namen meiner Fraktion zu diesem Tagesordnungspunkt folgende Erklärung abgeben. Seit langem weist die ÖVP mit Nachdruck auf die Notwendigkeit hin, die stark einseitig orientierte und auf einen einzelnen Wirtschaftszweig aufgebaute Wirtschaftsstruktur unserer Stadt durch die Ansässigmachung fähiger Gewerbebetriebe und die Etablierung neuer Betriebsstätten zu verbessern. Im

Einklang mit dem Urteil namhafter Fachleute über die wirtschaftliche Lage unserer Stadt haben wir mit steter Regelmäßigkeit ein großzügiges umfassendes Konzept zur Förderung des Gewerbes einerseits durch Beistellung entsprechender örtlicher Gegebenheiten und andererseits durch Gewährung finanzieller Starthilfen für Betriebsgründungen in Form eines Wirtschaftsförderungsfonds verlangt. Alles Forderungen, zu denen sich andere Gemeinden bereits längst in erfolgzeigender Weise bekennen. Was in unserer Stadt auf diesem Gebiet bisher geschehen ist, verdient wahrlich nicht das Prädikat "besonders bemerkenswert". Im sogenannten Industriegelände an der Resthofstraße ist eine einzige Gewerbeneugründung durch Ansiedlung eines bisher außerhalb von Steyr gelegenen Betriebes erfolgt, in allen anderen Fällen handelt es sich bloß um Betriebsverlegungen und Verbesserungen innerhalb der Stadt, die zwar im Einzelfall notwendig, für die Wirtschaftsstruktur aber kaum verbessernd waren. Ähnliches wäre auch zu der bisherigen Stellung der Stadt zu den Problemen des Fremdenverkehrs zu sagen. Wir begrüßen daher den Ankauf des Hotels in Münichholz trotz aller dabei auftretenden Bedenken, z. B. der hohe Kaufpreis, die zu erwartenden bedeutenden Instandsetzungskosten und nicht zuletzt das Fehlen echter Rentabilitätsberechnungen und die sich daraus ergebenden Risken und schließlich auch gewisse Vorbehalte, die sich aus der Etablierung eines Betriebes in einem echten Wohngebiet ergeben. Wir sehen in diesem Ankauf trotzdem einen gewissen Fortschritt im Bezug auf die Förderung der Ansiedlung anderer leistungefähiger Gewerbebetriebe in unserer Stadt und einen Beitrag zu den Problemen des Fremdenverkehrs, welche durch den bekannten Mangel an geeigneten Hotels in unserer Stadt behindert werden. In diesem Sinne geben wir dem vorliegenden Antrag unsere Zustimmung, wobei wir allerdings unsere Forderung ausdrücklich wiederholen, in Zukunft sich doch zu einem großzügigeren umfassenden Wirtschaftsförderungskonzept durchzuringen, das nicht mehr auf Stücke aufgebaut ist, sondern die modernen Erkenntnisse der Stadtplanungen mit den Erfordernissen der heutigen Wirtschaftseinrichtungen verbindet und hilft, die Stadt Steyr aus ihrer zu einseitigen wirtschaftlichen Ausrichtung zu führen. Ich danke.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Weitere Wortmeldungen erwünscht?

Herr Gemeinderat Dr. Gärber!

GEMEINDERAT DR. HERMANN GÄRBER:

Sehr verehrter Gemeinderat!

Wenn die Brau-AG dieses Objekt verkauft - die Brau-AG ist kein armes Unternehmen, das auf Geld ansteht - so müssen hier gewichtige Gründe vorliegen. Wenn wir, die Stadtgemeinde, dieses Objekt kaufen, haben wir diese Gründe zu berücksichtigen. Die Brau-AG stoßt es deswegen ab, weil es vollkommen ertragslos war. Es ist unglaublich, daß es ein Objekt diesen Ausmasses und dieser Größe in einer Stadt gibt, das sozusagen keinen Ertrag abwirft. Sie sehen hier auch wieder die wirtschaftliche Lage der einzelnen Betriebe der Stadt selbst, die als bedenklich zu bezeichnen ist. Wir müssen uns daher wohl überlegen, ob wir dieses Objekt kaufen. Ich muß sagen, es bleibt uns kein anderer Ausweg über, denn das Objekt ist einerseits preiswert und wenn es die Brau-AG zu diesem Preis hergibt, so hat sie bestimmt ihre Gründe dafür, denn sie will Kosten abstoßen, die ihr laufend aus diesem Projekt erwachsen. Nun kostet dieses Objekt ungefähr S 5,5

Millionen, sodaß eine Zinsenlast daraus erwächst für die Stadtgemeinde Steyr von ungefähr S 500.000,-- im Jahr. Dieser Betrag muß natürlich durch den Ertrag hereinkommen, nur um diese notwendigen laufenden Ausgaben der Stadt zu decken. Um dies halbwegs zu ermöglichen, ist es unbedingt notwendig, daß mit der Konsumgenossenschaft ein neuer Mietvertrag abgeschlossen wird. Was die Konsumgenossenschaft dort jetzt bezahlt, ist nicht mehr als ein Arbeiter für eine Mittelwohnung bezahlt. Diese Zustände können natürlich nicht weiter geduldet werden. Es ist natürlich klar, daß dieses Hotel möglichst preisgünstig vermietet werden muß, um nur die notwendigsten Kosten der Gemeinde zu decken. Die Betriebsansiedlung - wie Stadtrat Wallner erklärt hat - ist für Steyr besonders wichtig, wir müssen dieser Angelegenheit der Betriebserweiterung in Steyr unbedingt größtes Augenmerk zuwenden. Wenn wir nun zu diesem Projekt ja sagen, so mit dem Gedanken, daß wir auch nachher noch uns die Köpfe darüber zerbrechen müssen, wie wir dieses Gebäude rentabel gestalten, was hinein kommt ist egal. Ich glaube es müßte sich rentabel gestalten lassen. Es wird Aufgabe unser aller sein, hier mitzuwirken, daß die Stadt nicht weiter Verluste in Kauf nehmen muß. Der Kaufpreis ist so, daß man sagen kann, es kann dabei nichts schief gehen. Es ist aber Aufgabe der ganzen Wirtschaft in unserer Stadt, hier in dieses tote Haus wirtschaftliches Leben hineinzubringen.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Herr Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER: Sehr geehrter Gemeinderat!.

Ich glaube der Gemeinderat bzw. das Präsidium müßte sich über die Verwendung klar werden. Das steht, wie aus den bisherigen Diskussionen, die auch in der Öffentlichkeit geführt und in den Zeitungen gebracht wurden, eigentlich noch nicht fest. Teilweise hört man, es soll ein Industrieobjekt daraus werden, teilweise soll es dem Fremdenverkehr dienen. Beiden Zwecken wird es nicht dienen können, denn in einem Gebäude, wo Werkstätten sind, wird man keine Sommergäste unterbringen, auch nicht zur Übernachtung, denn vielleicht wird in diesen Werkstätten im Schichtbetrieb gearbeitet werden. Das würde dann ein Widerspruch sein. Über die Preiswertigkeit und die Höhe des Kaufpreises wurde schon gesagt, daß es in Anbetracht des Umfanges des Gebäudes eventuell preiswert ist, daß man es aber, wie der Ausdruck heißt, kostendeckend gestalten muß, daß uns nicht neue Lasten daraus entstehen. Es soll ja im Gegenteil für die Gemeinde gewinnbringend sein. Ich bin der Auffassung, daß man nicht so wie in der Vergangenheit - es ist klar, daß ein kleineres Forum, Magistratspräsidium oder Senatsrat, das vorberaten muß - ehe man vor ein fertiges Projekt gestellt wird, auch dem Gemeinderat ein Beratungsergebnis vorlegen soll, aber nicht schon wieder den Antrag zur Beschlußfassung, weil auch Gemeinderäte, die nicht im Stadtrat vertreten sind, die Möglichkeit haben möchten, nicht in einer 10-Minuten-Pause das zu überlegen, ob man dem zustimmen kann oder nicht.

Das möchte ich hinzufügen. Erstens klarzustellen, was ist beabsichtigt, Industrie- oder Fremdenverkehrszwecken es zuzuwenden und in welcher Form, oder sind andere Gedanken maßgebend? Grundsätzlich stimme ich dem Kauf des Projektes zu.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke. Herr Kollege Weiss bit-

te!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER FRANZ WEISS:
Meine Damen und Herren!

Diesem Thema muß ich vorerst einmal voranstellen, daß im Antrag zwar von einer Gewerbegründung nicht die Rede ist. Wenn Stadtrat Wallner in den Vordergrund seiner Überlegungen jedoch die Gewerbeförderung stellt, deckt sich das haargenau mit den Interessen der sozialistischen Fraktion im Gemeinderat und ich glaube damit können wir, wenn die Pläne, die hier vorgesehen sind, gelingen, eindeutig der Steyrer Bevölkerung beweisen, daß wir ernsthaft gewillt sind, gewisse Tendenzen, die sich in den Großbetrieben zeigen, durch die Förderung des Gewerbes und kleinerer Betriebe aufzufangen. Das ist tatsächlich beabsichtigt; es war gestern eine Abordnung einer Großfirma aus Deutschland hier, die das grundsätzliche Interesse bekundet hat, nach Besichtigung an Ort und Stelle, einen Teil des Hauses für sich in Anspruch zu nehmen, sofern bei den Bedingungen entsprechende Abkommen getroffen werden können. Das heißt, wir sind als Gemeinde, als Stadtverwaltung, in der Lage, der Bevölkerung nicht nur etwa 200 Arbeitsplätze anzubieten durch die Gründung eines solchen Betriebes, der sich hier ansässig machen will, sondern wir sind in der Lage, von diesem Betrieb Steuereingänge für uns zu buchen. Darüber hinaus darf man nicht übersehen, daß auch die Miete eine Eingangspost ist, die man der Kaufsumme dann alles in allem gegenüberstellen kann. Jeder unter uns weiß, daß der Herr Bürgermeister im Einvernehmen mit der Magistratsdirektion schon seit langer Zeit Verhandlungen geführt hat, weil die Kaufsumme, die uns früher geboten wurde, viel zu hoch war. Ich möchte den Verhandlern auf unserer Seite danken, daß es gelungen ist, einen Kaufpreis zu erreichen, der uns erschwinglich erscheint und im Interesse des zu erwerbenden Objektes der gesamten Bevölkerung dienlich ist.

Ich möchte nochmals namens der sozialistischen Fraktion der Befriedigung Ausdruck verleihen, daß nun dieser Antrag beschlußfähig vorliegt und ich wünsche als Berichterstatter, daß der gesamte Gemeinderat - das ist aus den Stellungnahmen der Fraktionen hervorgegangen - diesem Antrag einhellig zustimmt.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:

Danke.

Kollege Moser vielleicht nur zu Ihrem Einwand im Bezug auf die Organisation in der Gemeinde. Es ist, wie Sie selbst betont haben, schon lange bekannt, daß sich die Gemeinde mit dem Anbot dieses Objektes beschäftigt hat. Von einer Überraschung des Gemeinderates kann meiner Meinung nach absolut keine Rede sein, schon aus dem Bekanntsein dieser Tatsache, daß wir uns mit den Verkäufern schon lange in Verhandlungen befinden. Erst zu dem Zeitpunkt, als ein unserer Meinung nach Ihnen genehmer Vorschlag gemacht werden konnte, konnten wir vor das Plenum treten. Dem vorausgehend ist natürlich eine Finanz- und Rechtsausschußsitzung, in der alle Fragen, die noch ungeklärt sind, von uns geklärt werden können, sodaß jeder Gemeinderat, der im Gemeinderat mit dieser Materie konfrontiert wird, in der Lage ist, darüber Bescheid zu wissen.

Wir schreiten, nachdem sich keine Wortmeldung mehr ergeben hat, zur Abstimmung. Wer dem vom Kollegen Weiss vorgetragenen Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Zum nächsten Tagesordnungs-

punkt bitte ich Herrn Kollegen Kinzelhofer um seinen Vortrag.

BERICHTERSTATTER STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Sehr geehrter Gemeinderat!

Mit Beschluß des Gemeinderates vom 20. 2. 1969 wurden die Tarife für die Städtischen Verkehrsbetriebe im Ortslinienverkehr neu festgelegt.

Im Punkt 1 und 2 wurden Ermäßigungen für Kinder und Schüler festgelegt und jeweils gemeinsam für die Zeit von Betriebsbeginn bis 20 Uhr terminisiert. Das bedeutet eine Verschlechterung, die übersehen wurde. Daher stellt der Finanz- und Rechtsausschuß nachstehenden Antrag an den Gemeinderat.

3) ÖAG-5121/68
Berichtigung des Gemeinderatsbeschlusses, betreffend die Neuregelung der Tarife für die städtischen Verkehrsbetriebe.

Der Gemeinderat wolle beschließen:

In Abänderung des Gemeinderatsbeschlusses vom 20. 2. 1969 werden nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes die zeitlichen Beschränkungen für ermäßigte Kinderfahrscheine im Punkt I und II aufgehoben.

Punkt I und II haben nunmehr wie folgt zu lauten:

I) Einzelfahrscheine für alle Teilstrecken
a) für Erwachsene S 3,-
b) für Kinder von 6 - 15 Jahren S 1,-
c) für Schüler ab 15. Lebensjahr mit einem von der Schuldirektion ausgestellten Schülerausweis (gültig von Betriebsbeginn bis 20 Uhr) S 1,-

II) Mehrfahrtenscheine für alle Teilstrecken
a) 10-Fahrten-Scheine für alle Teilstrecken S 25,-
b) 10-Fahrten-Scheine für Kinder S 8,-
c) 10-Fahrten-Scheine für Schüler ab 15. Lebensjahr (gültig von Betriebsbeginn bis 20 Uhr) S 8,-
d) 5-Fahrten-Scheine für Erwachsene S 13,-

Diese Änderung tritt mit 26. März 1969 in Kraft.

Ich ersuche um Ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Danke. Wünscht dazu jemand das Wort?

Herr Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Wenn ich das richtig verstanden habe, wird eine Begünstigung, die man vorher eingeräumt hat, wieder aufgehoben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Nein!

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:
Das hat man nur irrtümlicherweise den Kindern weggenommen. Jetzt kommt die Ermäßigung wieder dazu, das heißt, daß Kinder mit S 1,- Fahrpreis unbeschränkt und Schüler ab 15 Jahren, mit Schülerausweis, bis 20 Uhr Ermäßigung haben und jetzt war es für beide Kategorien bis 20 Uhr begrenzt. Das wird für Kinder aufgehoben.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Für Kinder unter 15 Jahren gilt S 1,- Fahrpreis für die ganze Fahrzeit des Omnibusbetriebes. Durch unseren vorhergehenden Beschluß im Gemeinderat haben wir automatisch mit der Gruppe c) die Beschränkung der zeitlichen Dauer der S 1,- Kinder-Karten bis 20 Uhr festgelegt. Das soll

mit dem heutigen Beschluß wieder aufgehoben werden. Mit dem heutigen Beschluß haben Kinder bis zum vollendeten 15. Lebensjahr über die gesamte Fahrzeit des Omnibusbetriebes S 1,- zu bezahlen. Jetzt mußte genau präzisiert werden, wer unter c) fällt, das sind Schüler ab dem 15. Lebensjahr, für diese bleibt die beschlossene Beschränkung der begünstigten Benützung mit S 1,- bis 20 Uhr aufrecht. Die gelten ab 20 Uhr als erwachsen.

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Also es besteht doch für diese Gruppe eine Belastung ab 20 Uhr.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Nein. Diese bleibt gleich, sie wird heute nicht geändert. Es ist nur eine Begünstigung für Kinder bis zum 15. Lebensjahr in diesem Beschluß beinhaltet, somit eine Korrektur des damaligen Beschlusses.

Wünscht noch jemand das Wort? Herr Kollege Petermair bitte!

BÜRGERMEISTER - STELLVERTRETER LEOPOLD PETERMAIR:
Nur grundsätzlich, nachdem wir in der Gemeinderatssitzung vom 20. 2. gegen diesen Antrag gestimmt haben, enthält sich meine Fraktion bei diesem Antrag der Stimme.

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Weitere Wortmeldungen? Herr Kollege Moser bitte!

GEMEINDERAT AUGUST MOSER:
Ich habe damals gegen die Tariferhöhung gestimmt!

ZWISCHENRUF STADTRAT ALFRED BAUMANN:
Du kannst ja dagegen stimmen!

BÜRGERMEISTER JOSEF FELLINGER:
Wer dem vom Kollegen Kinzelhofer vorgetragenen Antrag die Zustimmung gibt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe? Danke.
1 Gegenstimme (GR August Moser)
8 Stimmenthaltungen (ÖVP-Fraktion)
Danke.

Damit ist die Tagesordnung der heutigen Gemeinderatssitzung erschöpft. Die Sitzung ist geschlossen.

Ende der Sitzung: 14.15 Uhr.

DER VORSITZENDE:

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

DIE RROTOKOLLPRÜFER: